

Unterrichtsreihe: Die Durchsetzung der Demokratie in Deutschland
Unterrichtseinheit: Die Frankfurter Dokumente

Didaktische Hinweise:

Der Lehrplan erwartet von Schülerinnen und Schülern im Zusammenhang mit der Deutschen Frage Kenntnisse von der Situation in Deutschland nach dem Zusammenbruch und über den Aufbau und die Einbindung der beiden Teile Deutschlands in unterschiedliche Machtblöcke und Gesellschaftssysteme. In diesem Zusammenhang werden neben der Stunde „Null“ und dem Potsdamer Abkommen die Frankfurter Dokumente im Lehrplan ausdrücklich erwähnt. Die auf den Empfehlungen der Londoner Konferenz formulierten Dokumente der drei westlichen Siegermächte wurden später zum ersten Schritt auf dem Weg zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. Die in den Dokumenten intendierte Weststaatsgründung auf föderaler Basis entsprach insbesondere US-amerikanischen Vorstellungen. Die in den Dokumenten angebotene staatliche Souveränität der Deutschen war in den Texten verbunden mit der Ankündigung eines Besatzungsstatutes, was wiederum eine Einschränkung dieser Souveränität des zu konstituierenden Weststaates bedeuten konnte. Von deutscher Seite wurde diese Verquickung von Verfassung und Besatzungsstatut ebenso kritisiert, wie die im Ost-West-Konflikt gegebene Möglichkeit, eine mögliche deutsche Teilung durch Gründung eines Weststaates zu forcieren. Gleichwohl war den Ministerpräsidenten, die in dieser Frage als einzig politisch legitimierte Vertreter Deutschlands auf dem Rittersturz in Koblenz ihre Antwort formulierten, bewusst, dass eine weitere Entwicklung Deutschlands hin zu Demokratie und Souveränität grundsätzlich wünschenswert sei, aber die deutsche Teilung nicht sanktionieren dürfe. Daher erfolgte sowohl die Ablehnung gegenüber der Errichtung einer verfassungsgebenden Versammlung als auch die Ablehnung eines Referendums. Die letztlich formulierten Position, aus den drei Westzonen eine staatliche Organisation zu bilden, die aber eigentlich kein Staat sein dürfe, erwies sich als nicht zu realisierender Drahtseilakt. Die Deutsche Seite konnte aber erreichen, dass die 1949 „gegründete“ Bundesrepublik als staatliches Provisorium definiert wurde.

Methodische Hinweise:

Die hier dargestellte Unterrichtssequenz versucht die Nachkriegssituation besonders der drei Westzonen exemplarisch am Beispiel der Beziehung zwischen den drei westlichen Besatzungsmächten und ihren Besatzungszonen aufzuarbeiten. Dabei wird die Entwicklung zum sogenannten Weststaat auf dem Hintergrund des Kalten Krieges in den Mittelpunkt gerückt, andere Aspekte wie der politische Wiederaufbau Deutschlands, aber auch die Not der Nachkriegsjahre treten dagegen zurück.

Die vorgelegten Materialien gliedern die Unterrichtsreihe in wesentlich drei Blöcke:

1. das Angebot der Westmächte (Quellenarbeit)
 2. die Konferenz auf dem Rittersturz zu Koblenz (Rollenspiel)
 3. die Antwort der Ministerpräsidenten und erste Reaktionen
-

Lernziele:

Die Schüler sollen:

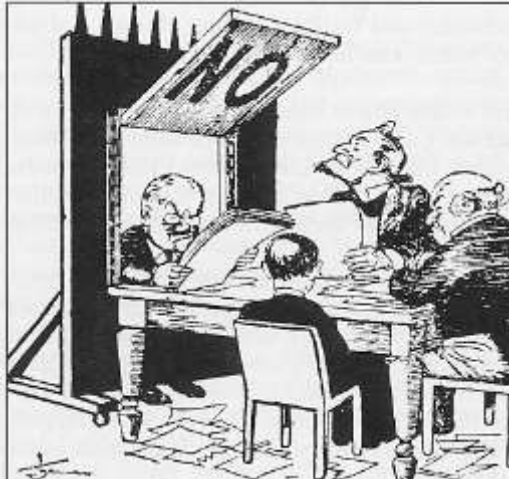

- die grundlegende Situation in Deutschland 1945 kennen.
- mit Hilfe von Karikaturen die Entwicklung Deutschlands im Kalten Krieg 1945-1949 darstellen.
- die Abhängigkeit Deutschlands von den Siegermächten erkennen.
- den Ost-West-Konflikt als wesentliche Determinante der Deutschen Frage bestimmen.
- die Deutschlandvorstellungen und beabsichtigte Verfahrensweise der westlichen Siegermächte aus den Frankfurter Dokumenten ermitteln („Weststaatsgründung“).
- die Vorstellungen der Frankfurter Dokumente mit vermuteten und formulierten Einwänden von deutscher Seite konfrontieren.
- die Rolle der Ministerpräsidenten als einzige politisch legitimierte Institution im damaligen Deutschland erkennen.
- das Dilemma der Ministerpräsidenten zwischen den Bezugspunkten fortschreitender Demokratisierung für den westlichen Teil Deutschlands und dem Offenhalten der gesamtdeutschen Option („Deutsche Frage“) erkennen.

Literatur:

- C. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1949, Bonn 1986.
- Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979
- Landesarchiverwaltung Rheinland-Pfalz: Rittersturzkonferenz, Katalog, Koblenz 1988,
- Nachkriegsjahre: Praxis Geschichte Heft 4/2002.-
- T. Vogelsang, Das geteilte Deutschland, München 1966 u.ö.

Material 1: Zeittafel

Zeittafel: Deutschland im Zeitalter des Kalten Krieges

1945		
8. Mai	Kapitulation der deutschen Wehrmacht; Ende des 2. Weltkrieges.	
13. Mai	Bildung einer Landesmilitärregierung in Baden durch die Franzosen; der Sitz wird am nach Freiburg verlegt.	
10. Juli	Die amerikanische Militärregierung ernennt Dr. Fritz Schäffer zum Ministerpräsidenten von Bayern.	
28. Mai	Bildung der vier Besatzungszonen.	
5. Juni	Errichtung der sowjetischen Militäradministration (SMAD).	
9. Juni	Amerikanische und britische Truppen räumen die von ihnen besetzten Gebiete in der Provinz Sachsen, im Land Sachsen, in Thüringen und in Mecklenburg; sie besetzen die Westsektoren Berlins.	
1.-4. Juli	Die sowjetische Besatzungsmacht errichtet wieder Länderverwaltungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg.	
17. Juli bis 2. August	Potsdamer Konferenz; wichtige Entscheidungen für die Zukunft Deutschlands. Vorangegangen war vom 4. bis 11. Februar die Konferenz von Jalta.	
6./9. August	Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.	
19. September	Errichtung der Länder Großhessen, Bayern und Württemberg-Baden durch die amerikanische Besatzungsmacht.	
16. Oktober	Konstituierung des Staatssekretariats für das französisch besetzte Gebiet von Württemberg und Hohenzollern.	
1946		
21./22. April	Vereinigungsparteitag von KPD und SPD in Berlin; Gründung der SED.	
18. Juli	Zusammenlegung des von den Briten besetzten Nordteils der preußischen Rheinprovinz mit der Provinz Westfalen.	
23. August	Auflösung Preußens; die bisherigen Provinzen in der britischen Besatzungszone werden Länder (Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hannover).	
30. August	Gründung des Landes Rheinland-Pfalz durch die französische Besatzungsmacht.	
1. November	Die britische Militärregierung bildet aus Braunschweig, Hannover, Oldenburg und Schaumburg-Lippe das Land Niedersachsen.	
22. Dezember	Frankreich schließt die Grenze zwischen dem Saarland und dem übrigen Deutschland. Die saarländische Verfassung tritt am 17. Dezember 1947 in Kraft, eine Zollunion des Saarlandes mit Frankreich am 1. April 1948.	
1947		
18. Mai	Durch Volksabstimmungen werden die Verfassungen von Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz angenommen (französische Zone).	
5. Juni	Verkündung des Marshallplanes.	
6./7. Juni	Konferenz der Ministerpräsidenten aus allen vier Zonen in München; das Ende der Existenz Deutschlands als Einheit beginnt sich abzuzeichnen.	
25. November	Außenministerkonferenz der vier bis Besatzungsmächte in London. In der Folge erste Initiativen der Besatzungsmächte zu einer staatlichen Neuordnung in Westdeutschland.	
15. Dezember		
1948		
7./8. Januar	Gründung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes aus amerikanischer und britischer Zone (Umorganisation der Bizone).	
23. Februar	Londoner Sechsmächtekonferenz bis 2. Juni (USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg); Hauptthema:	
2. Juni		
20. März	Der sowjetische Marschall Sokolowski verlässt den alliierten Kontrollrat; dessen Arbeit findet damit praktisch ein Ende.	

20. Juni	Währungsreform in den drei Westzonen.
23. Juni	Währungsreform in der sowjetischen Besatzungszone.
26. Juni bis 12. Mai 1949	Berliner Blockade; Luftbrücke der Westmächte.
1. Juli	Konferenz der drei westlichen Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten ihrer Besatzungszonen in Frankfurt; Überreichung der „Frankfurter Dokumente“ (Vorstellungen der Besatzungsmächte zur künftigen Verfassung Deutschlands).
8. bis 10. Juli	Rittersturzkonferenz in Koblenz
15. bis 16. Juli	Ministerpräsidentenkonferenz im Jagdschloss Niederwald bei Rüdesheim.
20. Juli	Konferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt.
21. bis 22. Juli	Zweite Konferenz der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald.
26. Juli	Schlusskonferenz der Militärgouverneure mit den Ministerpräsidenten in Frankfurt.
10. bis 23. August	Tagung des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee.
31. August	Dritte Konferenz der Ministerpräsidenten im Jagdschloss Niederwald.
1. September	Konstituierende Sitzung des Parlamentarischen Rates in der Pädagogischen Akademie (später Bundeshaus) zu Bonn.
30. November	Errichtung eines „provisorischen demokratischen Magistrates“ für Ost-Berlin; Beginn der Spaltung Berlins.
1949	
4. April	Abschluss des Nordatlantikpaktes (NATO).
8. April	Bildung der Trizone (aus der Bizone und der franz. Zone).
23. Mai	Nach Ratifizierung in den Landtagen Inkrafttreten des Grundgesetzes; Gründung der Bundesrepublik Deutschland.
14. August	Wahlen zum ersten Bundestag.
12. September	Wahl von Prof. Dr. Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten.
15. September	Wahl von Dr. Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler.
7. Oktober	Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR).
1951	
9. Dezember	Volksabstimmung in den Ländern Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern über die Bildung eines Südweststaates.
1952	
25. April	Bildung der ersten Landesregierung; Gründung des Landes Baden-Württemberg.
1955	
23. Oktober	Ablehnung des Saarstatus. Politische Rückgliederung des Saarlandes am 1. Januar 1957.



Zeittafel aus: Landesarchiverwaltung Rheinland-Pfalz: Rittersturzkonferenz, Katalog, Koblenz 1988, S. 9f.-

Bildmaterial aus: K. Engelhart u.a.: Sozialkunde für die Oberstufe des Gymnasiums, Paderborn 1997ff, S. 432.-

Dokumente zur künftigen politischen Entwicklung Deutschlands (»Frankfurter Dokumente«) Frankfurt, 1. Juli 1948

Dokument Nr. I: (Verfassungsrechtliche Bestimmungen)

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassungsgebende Versammlung ein zu berufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte. Die Abgeordneten zu dieser Versammlung werden in jedem der bestehenden Länder nach den Verfahren und Richtlinien ausgewählt, die durch die gesetzgebende Körperschaft in jedem dieser Länder angenommen werden. Die Gesamtzahl der Abgeordneten zur Verfassungsgebenden Versammlung wird bestimmt, in dem die Gesamtzahl der Bevölkerung nach der letzten Volkszählung durch 750 000 oder eine ähnliche von den Ministerpräsidenten vorgeschlagene und von den Militärgouverneuren gebilligte Zahl geteilt wird. Die Anzahl der Abgeordneten von jedem Land wird im selben Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung stehen, wie seine Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung der beteiligten Länder.

Die Verfassungsgebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen, und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und die Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält.

Wenn die Verfassung in der von der Verfassungsgebenden Versammlung ausgearbeiteten Form mit diesen allgemeinen Grundsätzen nicht in Widerspruch steht, werden die Militärgouverneure ihre Vorlage zur Ratifizierung genehmigen. Die Verfassungsgebende Versammlung wird daraufhin aufgelöst. Die Ratifizierung in jedem beteiligten Land erfolgt durch ein Referendum, das eine einfache Mehrheit der Abstimmenden in jedem Land erfordert, nach von jedem Land jeweils anzunehmenden Regeln und Verfahren. Sobald die Verfassung von zwei Dritteln der Länder ratifiziert ist, tritt sie in Kraft und ist für alle Länder bindend. Jede Abänderung der Verfassung muss künftig von einer gleichen Mehrheit der Länder ratifiziert werden. Innerhalb von 30 Tagen nach dem Inkrafttreten der Verfassung sollen die darin vorgesehenen Einrichtungen geschaffen sein.

Dokument Nr. II: (Länderneugliederung)

Die Ministerpräsidenten sind ersucht, die Grenzen der einzelnen Länder zu überprüfen, um zu bestimmen, welche Änderungen sie etwa vorzuschlagen wünschen. ... Wenn diese Empfehlungen von den Militärgouverneuren nicht missbilligt werden, sollten sie zur Annahme durch die Bevölkerung der betroffenen Gebiete spätestens zur Zeit der Auswahl der Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung vorgelegt werden.(...)

Dokument Nr. III: (Grundzüge eines Besatzungsstatuts)

Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den Alliierten Behörden notwendig. Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden Grundsätzen beruhen:

A. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:

a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.

b) Das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über innenpolitische Richtlinien und Maßnahmen, die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, dass die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in Bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und dass die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden. (...)

B. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht, und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatutes zu sichern.

C. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:

Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.Sofern nicht anders bestimmt, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden.

Die Beobachtung, Beratung und Unterstützung der föderativen Regierung und der Länderregierungen bezüglich der Demokratisierung des politischen Lebens, der sozialen Beziehungen und der Erziehung werden eine besondere Verantwortlichkeit der Militärgouverneure sein. Dies soll jedoch keine Beschränkungen der diesen Regierungen zugestandenen Vollmachten auf den Gebieten der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung bedeuten.

Die Militärgouverneure ersuchen die Ministerpräsidenten, sich zu den vorstehenden Grundsätzen zu äußern. Die Militärgouverneure werden daraufhin diese allgemeinen Grundsätze mit von ihnen etwa genehmigten Abänderungen der Verfassungsgebenden Versammlung als Richtlinien für deren Vorbereitung der Verfassung übermitteln und werden die von ihr etwa dazu vorgebrachten Äußerungen entgegennehmen. Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltendes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, dass sie die Verfassung im Rahmen dieses Besatzungsstatutes annimmt.

(Aus: Wagner [Hrsg.], Der Parlamentarische Rat, a.a.O., S. 130 ff.; Abdruck in: Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979)

Aufgaben:

- 1. Stellen Sie die Vorstellungen der drei westlichen Siegermächte über die künftige Gestalt Deutschlands zusammen und konkretisieren Sie diese! In welchen Schritten soll die Realisierung dieses Vorhabens erfolgen?*
- 2. Welche Rechte bleiben den Siegermächten vorbehalten? Versuchen Sie eine Definition der Rolle, die die Siegermächte übernehmen wollen?*
- 3. Welche politischen Handlungs- und Entscheidungsräume verbleiben im Falle der Realisierung den verantwortlichen Politikern in Deutschland? Welche Einwände sind möglicherweise zu erwarten?*

Tafelbild:

Deutschland 1945-1949: Teil 1: Entwicklung der Westzonen

<p>Potsdamer Konferenz</p> <p>Ziele:</p> <p>Demokratisierung</p> <p>Denazifizierung</p> <p>Dezentralisierung</p> <p>Demilitarisierung</p> <p>Grundsätze:</p> <p>Einteilung in drei, später vier Besatzungszonen</p> <p>Deutschland in den Besatzungszonen als Einheit</p> <p>Alliierte Kommissare als Regierungsgewalt</p>	<p>Blockbildung in Europa</p> <p>SBZ nach sowjetischem Vorbild</p> <p>Verweigerungshaltung der UdSSR auf internationalen Konferenzen</p> <p>Bildung der Bi-Zone</p> <p>Saarpolitik Frankreichs</p>	<p>Frankfurter Dokumente der drei westlichen Besatzungsmächte</p> <p>deutscher Staat in den drei Westzonen</p> <p>Bundesstaat (Föderalismus)</p> <p>Länderneugliederung bis zur Staatsgründung</p> <p>Souveränität nur im Rahmen eines Besatzungsstatutes:</p> <p>Kontrollrechte der Alliierten Siegermächte</p> <p>Vorbehaltsrechte der Alliierten</p> <p>Verfahren:</p> <p>Zustimmung der Ministerpräsidenten zu diesem Plan</p> <p>verfassungsgebende Versammlung aus den Ländern</p> <p>Ausarbeitung einer Verfassung</p> <p>Referendum zur Verfassung in den Ländern (2/3 Annahme erforderlich)</p>
--	--	--

Rollenspiel:

An der Konferenz nahmen teil:

BADEN (französische Zone)

Präsident des Staatssekretariats Dr. Leo W o h l e b, CDU

BAYERN (amerikanische Zone)

Ministerpräsident Dr. Hans E h a r d, CSU

BERLIN

Amtierende Oberbürgermeisterin Frau Louise S c h r ö d e r, SPD

BREMEN

Senatspräsident Wilhelm K a i s e n, SPD

HAMBURG (britische Zone)

Bürgermeister Max B r a u e r, SPD

HESSEN (amerikanische Zone)

Ministerpräsident Christian S t o c k, SPD

NIEDERSACHSEN (britische Zone)

Ministerpräsident Hinrich Wilhelm K o p f, SPD

NORDRHEIN - WESTFALEN (britische Zone)

Ministerpräsident Karl A r n o l d, CDU

RHEINLAND - PFALZ (französische Zone)

Ministerpräsident Peter A l t m e i e r, CDU

SCHLESWIG - HOLSTEIN (britische Zone)

Ministerpräsident Hermann L ü d e m a n n, SPD

WÜRTTEMBERG - BADEN (amerikanische Zone)

Ministerpräsident Dr. Reinhold M a i e r, DVP-FDP

WÜRTTEMBERG - HOHENZOLLERN (französische Zone)

Staatspräsident Lorenz B o c k, CDU,

Zu erwähnen wären als weitere Tagungsteilnehmer aus der Delegation von Rheinland-Pfalz der damalige Justizminister Süsterhenn, CDU, sowie aus der Abordnung von Württemberg-Hohenzollern der stellvertretende Staatspräsident Carlo Schmid, SPD.

Aufgabe:

Verteilen Sie die jeweiligen Ländervertreter im Kurs und bereiten Sie sich vor, als Vertreter eines Landes an der Konferenz in Koblenz teilzunehmen!

Material 3:

Antwortnote der Ministerpräsidenten der westdeutschen Besatzungszonen an die Militärgouverneure mit Stellungnahme zu den Frankfurter Dokumenten

Koblenz, den 10. Juli 1948

Herr General!

Die Ministerpräsidenten der Länder der drei westlichen Besatzungszonen haben sich vom 8. bis 10. Juli dieses Jahres in Koblenz versammelt, um die von Ihnen erbetenen Antworten auf die am 1. Juli dieses Jahres überreichten Dokumente zu beraten. ...Die Ministerpräsidenten sind davon überzeugt, dass die Notstände, unter denen Deutschland heute leidet, nur bezwungen werden können, wenn das deutsche Volk in die Lage versetzt wird, seine Angelegenheiten auf der jeweils möglichen höchsten territorialen Stufe selbst zu verwalten. Sie begrüßen es daher, dass die Besatzungsmächte entschlossen sind, die ihrer Jurisdiktion unterstehenden Gebietsteile Deutschlands zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, dem von der Bevölkerung selbst eine kraftvolle Organisation gegeben werden soll, die es ermöglicht, die Interessen des Ganzen zu wahren, ohne die Rechte der Länder zu gefährden.

Die Ministerpräsidenten glauben jedoch, dass, unbeschadet der Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes alles vermieden werden müsste, was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, dass auch durch das hierfür einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müsste, dass es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt.

In Anbetracht der bisherigen Unmöglichkeit einer Einigung der vier Besatzungsmächte über Deutschland müssen die Ministerpräsidenten besonderen Wert darauf legen, dass bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen. ... Für den Vorschlag der Ministerpräsidenten, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, waren die gleichen Erwägungen maßgebend. Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte. Die Ministerpräsidenten möchten an dieser Stelle noch einmal betonen, dass ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden.

In der Frage der Änderung der Ländergrenzen sind die Ministerpräsidenten einmütig der Ansicht geworden, dass eine grundsätzliche und endgültige Lösung geboten ist und eingehender Prüfung bedarf. ... Eine solche Überprüfung und Gestaltung der Länder im vereinigten Verwaltungsgebiet ist eine deutsche Aufgabe. Sie setzt das Vorhandensein gemeinsamer Organe demokratisch parlamentarischen Charakters voraus. Sie kann daher nicht in kurzer Zeit gelöst werden.

Mit besonderem Ernst haben die Ministerpräsidenten die Probleme geprüft, die mit der Ordnung der Ausübung der Besatzungsherrschaft zusammenhängen. Sie haben mit Genugtuung von der Absicht Kenntnis genommen, die Beziehungen zu den Besatzungsmächten auf eine klare Rechtsgrundlage zu stellen. Die Ministerpräsidenten sind jedoch der Ansicht, dass der Erlass eines Besatzungsstatutes durch die Militärgouverneure schon vor der Aufnahme der Tätigkeit der mit der Beratung des Grundgesetzes für das Gebiet der drei Westzonen beauftragten Körperschaft eine dringende Notwendigkeit ist; nur dann wird diese eine sichere Arbeitsgrundlage haben. Sie sind weiter der Meinung, dass in dem Besatzungsstatut deutlich zum Ausdruck kommen sollte, dass auch die nunmehr geplanten organisatorischen Änderungen

letztlich auf den Willen der Besatzungsmächte zurückgehen, woraus sich andere Konsequenzen ergeben müssen, als wenn sie ein Akt freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes wären.

Mit ihren eingehenden Vorschlägen wollen die Ministerpräsidenten ihrer Überzeugung Ausdruck verleihen, dass den deutschen Organen alle Befugnisse zustehen sollten, die ihnen nicht durch das Besatzungsstatut selbst vorenthalten werden; von bestimmten Ausnahmen abgesehen, sollten sich die Maßnahmen der Besatzungsmächte grundsätzlich auf die Überwachung der Tätigkeit der deutschen Organe unter dem Gesichtspunkt der Sicherstellung der Erfüllung der Besatzungszwecke beschränken.

Besonders bedeutsam erscheint hierbei die Notwendigkeit, den deutschen Außenhandel von den Beschränkungen zu befreien, unter denen seine Ergiebigkeit heute zu leiden hat. (...)

Schließlich richten die Ministerpräsidenten an die Militärgouverneure die Bitte, in regelmäßigen Zeitabständen zu prüfen, ob die Entwicklung der Verhältnisse nicht eine weitere Ausdehnung der deutschen Zuständigkeit und einen weiteren Abbau der Kontrolle erlauben könnte.

Die Ministerpräsidenten sprechen endlich den Wunsch und die Erwartung aus, dass durch einen Beschluss der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten der Kriegszustand aufgehoben werden möge. (...)

Die Ministerpräsidenten möchten nicht schließen, ohne den Militärgouverneuren dafür zu danken, dass sie durch ihre Initiative die Möglichkeiten für eine immer weiter fortschreitende Entwicklung der Demokratie erweitert haben, die sich nur dort zu entfalten vermag, wo ein Volk in freier Entscheidung Verantwortung auf sich nehmen und über sich selbst bestimmen kann. Sie geben der Versicherung Ausdruck, dass sie ebenso wie die Militärgouverneure alles tun werden, was dem Frieden der Welt und der Einheit eines freien und demokratischen Deutschlands dienlich sein kann.

(Unterschriften)

(Aus: Wagner [Hrsg.], Der Parlamentarische Rat, a.a.O., S. 143 ff.; Abdruck in: Das Werden eines neuen Staates. Dreißig Jahre Bundesrepublik, hg. vom Schulfunk des SDR, SR und SWF, MS, o.O. 1979)

Aufgaben:

An welchen Stellen weichen die Überlegungen der Ministerpräsidenten von den Positionen der Frankfurter Dokumente ab? Werden durch diese Änderungen zusätzliche Freiräume in der Gestaltung Deutschlands ermöglicht?

Wie sind insbesondere die Einwände der Ministerpräsidenten gegen ein Referendum zu verstehen?

Welche Problematik wird in der Antwort der Ministerpräsidenten erkennbar?

Welche Reaktionen seitens der Westmächte erwarten Sie auf diese Stellungnahme?

Material 4:

Besprechung von General Clay mit den Ministerpräsidenten der US-amerikanischen Besatzungszone

Besprechung General Clay's mit den Ministerpräsidenten der amerikanischen Zone (Dr. Ehard, Dr. Maier, Stock, Bürgermeister Kaisen) am 14. Juli 1948 von 18.40 bis 20 Uhr im IG-Farbenhaus in Frankfurt/Main nach einem mündlichen Berichte des Ministerpräsidenten Dr. Ehard an Staatminister Dr. Pfeiffer und den unterzeichneten Protokollführer.

General Clay war sehr liebenswürdig in der Form, keineswegs erregt, aber während der ganzen Besprechung voll des Ausdrucks einer schweren Enttäuschung.

Er habe, sagte er, drei Monate dafür gekämpft, diese Vollmachten für die Errichtung eines Weststaates durchzusetzen und zwar gegen den Widerstand der Franzosen, die immer gesagt hätten, die Deutschen würden davon keinen Gebrauch machen.

Die Koblenzer Konferenz sei für ihn eine ganz große Enttäuschung. Die Deutschen hätten die gebotene Chance nicht genutzt. Die Deutschen hätten sich so verhalten, dass die Entscheidung darüber, ob ein Weststaat werden solle oder nicht, in den Händen des Generals König liege.

Es sei nun dahin gekommen, dass die Dinge noch einmal an die Regierungen zurückgehen müssten. Man wisse nicht, ob den Deutschen noch einmal eine solche Chance geboten werden könne.

Dr. Ehard versuchte General Clay klarzumachen, dass er die Dinge falsch sehe, man wolle im Ziel auf beiden Seiten das gleiche, die Koblenzer Stellungnahme erstrebe eine Zusammenfassung der Trizone, die Schaffung einer Exekutive, einer gemeinsamen legislativen Körperschaft und einer Ländervertretung.

aus: Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Rittersturz-Konferenz Koblenz, Koblenz 1988, S. 78.-

Erläutern Sie die Entstehung des Textes, die Textart und die wesentlichen Textaussagen!

Welche wesentlichen Ereignisse waren der geschilderten Begegnung vorausgegangen? Berichten Sie!

Bestimmen Sie General Clay's Position!

Die Antwort von Ehard ist nur im Anfang wieder gegeben. Ergänzen Sie selbst!